



## Zu Kohle verurteilt? Die abstrakte Realität setzt den Erneuerbaren in Polen zu

*Sind die Ausbauziele noch zu halten? Bestandsaufnahme und Ausblick.*

Von Thomas Pikarski

Polen hat sich gemäß der EU-Vorgaben verpflichtet, den Anteil der Erneuerbaren Energien am nationalen Energiemix bis zum Jahr 2020 auf 15 % zu erhöhen. Die Frist nähert sich gefährlich schnell und die Erneuerbaren Energien in Polen befinden sich seit nunmehr zwei Jahren in der Krise. Die jüngsten Ereignisse wecken zwar Optimismus, doch die verlorene Zeit wird schwer aufzuholen sein.

Seit Polens EU-Beitritt im Jahr 2004 begann sich der Markt der Erneuerbaren Energien zu entwickeln. Die Entwicklung gewann ab 2009 weiter an Dynamik, als das Europäische Parlament eine Richtlinie mit Zielen für die Erhöhung des Anteils grüner Energie an der gesamten Erzeugung und am Energieverbrauch verabschiedete. In Polen wurden viele Onshore-Windenergieprojekte realisiert, sowohl kleine als auch große Projekte, die überwiegend von ausländischen Investoren und polnischen Banken finanziert wurden.

Die Erneuerbaren Energien in Polen entwickelten sich bis zum Jahr 2015 dynamisch. Es kamen insgesamt ca. 7 GW neuer Erzeugungskapazität hinzu – davon 64 % allein von der Windenergie. Das zu dieser Zeit geltende Förderregime (einschließlich Grünstromzertifikate) ist für Investoren profitabel gewesen. Die Situation änderte sich 2016 dramatisch, als das Förderregime aufgegeben wurde. Dazu kamen zusätzliche Hemmnisse, insbesondere eine höhere

Steuerlast und die 10H-Regelung, durch welche die Planung neuer Windparkprojekte nahezu zum Erliegen kam. Diese geänderten Regularien haben das Klima für Investitionen in Erneuerbare Energien in Polen drastisch verschlechtert. Das Ergebnis dieser staatlichen Maßnahmen war Stagnation der Entwicklung des Zubaus. Ein großer Teil der bereits bestehenden Windparks hat zudem nach der Einführung der neuen gesetzlichen Regelungen Erlöseinbußen hinnehmen müssen.

Die Ereignisse der letzten Wochen und Monate signalisieren jedoch eine Verbesserung der Marktstimmung. Das Land muss das 15-%-Ziel des „sauberen“ Energieanteils im Energiemix bis 2020 erfüllen und das polnische Energieministerium scheint dies zu erkennen, wodurch die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes beschlossen und im Juni dieses Jahres angenommen wurde. Die Novellierung wird vor allem die Investoren im Windenergiebereich entlasten. Sie verlängert die Frist für den Bau und die Inbetriebnahme von Windparks mit gültigen Genehmigungen um zwei Jahre. Sie löst auch das Problem, Gebäude in Gebieten zu errichten, die sich in den Schutzbereichen bestehender Windräder befinden. Der Zeitraum, in dem ein Gebäude in diesem Bereich gebaut werden darf, wurde bis Mitte 2022 verlängert. Außerdem sind die alten, günstigeren Vorschriften zur Besteuerung der Grundsteuer von Windparks wieder eingeführt worden. Ferner wird der gesetzlich vorgeschriebene Anteil Erneuerbarer Energien an der gesamten Energieerzeugung von aktuell 17,5 % auf 18,5 % in 2019 und 19,5 % in 2020 wachsen. Diese Nachricht hat den Marktpreis der grünen Zertifikate mitbeeinflusst, der von umgerechnet 5 €/MWh im Juli 2017 auf aktuell 30 €/MWh gestiegen ist. Weitere Novellierungen des EE-Gesetzes sollen folgen. Gemeinsame Aktivitäten von Banken und ausländischen Investoren sollten auch zu einer erhöhten Flexibilität und möglicher Kreditumstrukturierung führen, die es den Unternehmen ermöglichen, die derzeit schwierige Zeit zu überstehen.

## **Bestandsaufnahme**

Um die ehrgeizigen Ausbaupläne zu erfüllen, musste Polen einst einen großen Sprung machen, indem es den gesamten EE-Sektor von Grund auf neu aufbaute. Um das notwendige Kapital für Investitionen in Erneuerbare Energien zu gewinnen, wurde im Jahr 2005 ein Zertifikatesystem eingeführt, das den Erzeugern „sauberer“ Energie eine zusätzliche Einnahmequelle bieten sollte. Danach muss ein Energieerzeuger, egal ob ein Windpark oder ein Kohlekraftwerk, dem Netzbetreibern eine bestimmte Mindestmenge an Energie aus erneuerbaren Quellen zur Verfügung stellen. Die Ausgleichsleistung für Kohlekraftwerke besteht im Erwerb eines grünen Zertifikats. Die Anzahl der Zertifikate richtet sich nach dem vom Umweltministerium fest-

gelegten Grenzwert. Alternativ wird eine Strafe in Form einer Ersatzgebühr fällig, die in Polen noch bis Juli 2017 bei umgerechnet etwa 70 €/MWh lag. Zum Zeitpunkt der Entwicklung des Systems im Jahr 2005 war das Angebot an „sauberer“ Energie noch gering, so dass die Preise für grüne Zertifikate auf diesem vergleichsweise hohen, stabilen Preisniveau lagen. Die Energie- und Zertifikatspreise waren im Allgemeinen fest reguliert oder in ihrer Volatilität begrenzt. Die meisten der abgeschlossenen, langfristigen Stromlieferverträge sicherten den Erzeugern grüner elektrischer Energie einen Preis von 50-70 €/MWh, der die Investitionskosten aus Eigen- und Fremdmitteln deckte. Natürlich waren die EE-Erzeuger auf solche Verträge nicht zwangsläufig angewiesen und konnten die grünen Zertifikate stattdessen direkt am freien Markt verkaufen, aber die langfristig abgeschlossenen Lieferverträge sollten die zukünftigen Einnahmen auf einem stabilen Niveau halten. Sowohl die Produzenten grüner Energie als auch die staatlichen Energieunternehmen erwarteten damals, dass die Marktpreise für Zertifikate steigen würden und solange diese gleich oder höher der Preise aus den langfristigen Lieferverträgen lagen, hat dieses System funktioniert.

In den letzten Jahren gab es eine Reihe von Ereignissen, die den Marktpreis von Zertifikaten erheblich fallen ließ. Mitte 2017 betrug das Preisniveau schließlich nur noch 5 €/MWh. Zum einen wurden mittlerweile viele neue Windparks realisiert. Das steigende Angebot an Zertifikaten korrelierte nicht mit der entsprechenden Nachfrage der zum Erwerb verpflichteten Empfänger. Eine Art „Sargnagel“ für die Branche der Erneuerbaren Energien war das Gesetz vom Juli 2017, das die Ersatzgebühr von 70 €/MWh auf 125 % des durchschnittlichen Marktpreises der Zertifikate für den Vorjahreszeitraum reduzierte (zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes waren dies ca. 20 €/MWh, zur Zeit beträgt die Ersatzgebühr ca. 11 €/MWh). Wohlgemerkt lohnt sich für die Erzeuger "schmutziger" elektrischer Energie der Kauf von Zertifikaten nur dann, wenn ihr Preis die Strafe (Ersatzgebühr) nicht übersteigt, die sie zahlen müssen, wenn Sie die Zertifikate nicht kaufen. Der endgültige Absturz erfolgte dann im September 2017, als das halbstaatliche Energieunternehmen Energa den Betreibern von 22 Windparks die langfristigen Verträge über den Ankauf von grünen Zertifikaten kündigte und argumentierte, dass die Verträge nicht im Einklang mit dem mittlerweile eingeführten Ausschreibungsrecht abgefasst wurden. Interessanterweise wurden nur Verträge für den Ankauf von Zertifikaten, nicht aber für Stromlieferungen gekündigt. Infolgedessen konnte Energa die Zertifikate auf dem freien Markt billiger einkaufen als zu den Bedingungen, die sich aus abgeschlossenen Verträgen ergaben.

Regulatorische Gesetzänderungen haben nicht nur den Preis von Zertifikaten negativ beeinflusst, sondern auch die Initiierung neuer Investitionen in Erneuerbare Energien wirksam verhindert. Im Juli 2016 verabschiedete die klerikal-national-konservative PiS-Regierung schließlich

das Gesetz über Erneuerbare Energien, das als "Anti-Windkraft-Gesetz" bezeichnet wird. Gemäß diesem kann ein neuer Windpark nur in einer Entfernung von nicht weniger als dem 10-fachen der Anlagengesamtbauhöhe von Wohngebäuden und naturschutzseitig besonders wertvollen Gebieten aufgestellt werden (10H-Regelung). Darüber hinaus wurde ein Auktions-system eingeführt, das grüne Zertifikate für neue Anlagen ablöst (alte Anlagen betraf diese Änderung nicht), jedoch fördert dieses System Anlagen, die das Netz kontinuierlich und auf einem stabilen Niveau mit Energie versorgen. Die Kohleindustrie hat also von dieser Lösung am meisten profitiert.

### **Wie sollten gesetzliche Änderungen bzgl. Projektplanung aussehen?**

Natürlich gibt es die Möglichkeit von Änderungen der derzeitigen Vorschriften, die aktuell die weitere Entwicklung der Windenergie verhindern, in erster Linie die bereits erwähnte 10H-Regelung. Diese pauschale Regelung bedeutet im Prinzip, dass fast auf dem gesamten Staatsgebiet die Errichtung neuer Windparks ausgeschlossen wird. Der 10H-Regelung liegt keine inhaltliche/sachliche Begründung zugrunde. Diese Bestimmung sollte zugunsten einer individuellen, standortbezogenen Projektprüfung geändert werden. Ferner ist das Wiederherstellen der zuvor bestehenden Abstandsregelungen betreffend Schall- und Schattenwurfemissionen, optisch bedrängender Wirkung sowie Auswirkungen auf der naturschutzrelevanten Ebene nötig. Die EU-Richtlinien zeigen klar auf, dass die Projekte einer individuellen, standortbezogenen Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden sollten.

### **Die 15%-Anforderung der EU**

Momentan setzt sich die installierte Energieleistung aus erneuerbaren Quellen in Polen wie folgt zusammen: 5.824 MW aus Windenergie, 1.323 MW aus Biomasse, 992 MW aus Wasserkraft, 235 MW aus Biogas und 102 MW aus Photovoltaik. Das genügt bei Weitem nicht, um die EU-Anforderung und das Ziel von 15 % bis 2020 zu erfüllen. Der aktuelle Stand der Umsetzung der Verpflichtungen schwankt um 11 % - 12 %, wovon nicht gerade ein geringer Prozentsatz auf die Mitverbrennung von Biomasse zurückzuführen ist, was weit von der Idee der "sauberen Energie" entfernt ist und eine kontroverse Diskussion auslöst. In welcher Größenordnung bewegt sich denn die finanzielle Strafe für Polen bei der (höchstwahrscheinlichen) Nichterfüllung des 15%-Ziels? Die Rechnung ist relativ einfach: jede 1%-Abweichung entspricht etwa 9 TWh und zum jetzigen Zeitpunkt fehlen 3,7 % oder entsprechend 33,3 TWh. Sollte sich nichts ändern, müsste Polen 2020 die fehlende Differenz an grüner Energie von den Nachbarn

kaufen. Das Institut für Erneuerbare Energien (IEO) schätzt den Preis dafür auf rund 100 €/MWh, was Kosten von ca. 3,3 Mrd. € verursachen würde. IEO geht davon aus, dass zum Fristende Polen knapp 2 % zum 15%-Ziel fehlen werden, d. h. es müsse mit Kosten von ca. 1,7 Mrd. € für ein Defizit von 17 TWh gerechnet werden.

Leider trifft wieder mal das alte polnische Sprichwort zu: „aus Schaden wird der Pole klug“ (Polnisch: „Polak mądry po szkodzie“). Die Unsicherheit und Instabilität des Marktes für Erneuerbare Energien führte zu einem Vertrauensverlust seitens der Projektspensoren und in vielen Fällen sogar zum Wegfall der Finanzierungen durch die Banken. Eingestellte Investitionen und unwirtschaftlich betriebene Windparks sind das Ergebnis des Systemzusammenbruchs. Nicht zufällig erschien das „Anti-Windkraft-Gesetz“ zu einer Zeit, als die Umsatzprobleme mit grünen Zertifikaten am größten waren. Es ist naheliegend, dass das Gesetz nur ein Werkzeug war, das Zeit verschaffen sollte, um das Phänomen des Überangebots an Zertifikaten zu beseitigen und das wachsende Durcheinander unter Kontrolle zu bringen, das durch schlechte Marktprognosen verursacht wurde.

### **Gibt es wieder Hoffnung für polnische Erneuerbare?**

Immer günstiger werdende moderne Technologien sowie effiziente Energielösungen bewirken, dass nach Meinung internationaler Experten im Jahr 2027 Solar- und Windenergie in der Massenproduktion billiger als fossile Energie werden soll. Fachleute sagen voraus, dass in den nächsten zwei Jahrzehnten Quellen, bei deren Nutzung keine Schadstoffe freigesetzt werden, 60 % der weltweiten Energie erzeugen werden. Umso überraschender sind die Vorgänge in Polen, die paradoxerweise den globalen Trends der nachhaltigen Entwicklung widersprechen. Die Energiepolitik Polens wird bis 2040 immer noch weitgehend auf Kohle basieren, was die Pläne für den Ausbau der bestehenden und die Inbetriebnahme neuer Kohlekraftwerke nahelegen. Trotz der allgemein sichtbaren Tendenz zur Dekarbonisierung, die bereits heute zu einem signifikanten Preisanstieg für Emissionszertifikate führt, sind in Polen keine Bemühungen dafür erkennbar, nach Alternativen zu Kohle oder Systemlösungen für Massenproduktion von Energie aus erneuerbaren Quellen zu suchen. Vertreter der polnischen Energiewirtschaft kündigen indes Energiepreiserhöhungen an, mit denen sie die erwarteten anfallenden Kosten von voraussichtlich umgerechnet 30 Mrd. € für den Erwerb von Emissionsrechten bis 2030 kompensieren wollen. Diesmal werden alle Bürger zur Kasse gebeten, bereits jetzt sind die realen Strompreise für Großverbraucher ungefähr doppelt so hoch wie z. B. in Deutschland. Eine wirkliche Gefahr für Polen als Wirtschaftsstandort. Das Jahr 2018 ist ein weiteres schwieriges Jahr für die Entwicklung erneuerbarer Energiequellen in Polen, eine Art Testfeld innerhalb



der neuen Marktbedingungen. Noch für den Spätherbst dieses Jahres ist eine EE-Auktion für bis zu 1 GW geplant. Danach werden keine großen Auktionen mehr für Onshore-Windparks erwartet. Es bleibt nur, auf die Risikobereitschaft der Investoren und gute Windjahre zu hoffen.

## Quellen

- \* URE (Urząd Regulacji Energetyki) – Regulierungsbehörde für Energie: <https://www.ure.gov.pl/>
- \* Wysokie Napięcie – Portal zur Energiewirtschaft: <https://wysokienapiecie.pl/>
- \* IEO (Instytut Energetyki Odnawialnej): [Institut für Erneuerbare Energien http://ieo.pl/pl/](http://ieo.pl/pl/)
- \* money.pl – Business- und Finanzportal: <https://www.money.pl/gospodarka/wiadomosci/artykul/oze-energetyka-odnawialna-kary-ue,134,0,2397318.html>